

Eingemeindung kommt

Der Eingemeindung von Schneeberg stimmten die Stadtverordneten auf Antrag der Gemeinde zu. Der Beschluß gilt auch für Krügersdorf, Kohlsdorf, Birkholz, Bornow und Oegeln, falls diese Gemeinden einen entsprechenden Antrag stellen.

Die Krügersdorfer selbst sprachen sich ja schon dafür aus. Das Ergebnis war allerdings nicht, wie gestern vermeldet, knapp. 78 Stimmen gab es für die Eingemeindung, 30 Krügersdorfer sprachen sich für eine weitere Eigenständigkeit des Ortes aus.

Die endgültige Entscheidung in dieser Frage wird allerdings nach Stellungnahme durch den Kreis im Innenministerium des Landes getroffen.

Personalersatz

Solange die parlamentarische Arbeit des Abgeordneten Lassowsky (CDU) ruht, wird sie im Rechnungsprüfungsausschuß durch den Abgeordneten Greiner, J. und im zeitweiligen Ausschuß zur Überprüfung der Abgeordneten auf Mitarbeit im MfS/AfNS durch den Abgeordneten Engel vertreten.

Jugend im Stadthaus

Kunstkreis und Bumerang e.V. erhalten die freien Räume im Stadt-

haus. Die Verwaltung muß jetzt einen ordnungsgemäßen Nutzungsvertrag erarbeiten.

Außerdem beschlossen die Abgeordneten, daß im Stadtparlament tretende Parteien und gemeinnützige Vereine die Möglichkeit erhalten, den Versammlungsraum der Stadtverwaltung kostenlos zu nutzen.

Nichts für Jugendweihe

Die Stadtverordneten sahen sich mehrheitlich nicht in der Lage, dem Verein Jugendweihe e.V. eine finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen.

Der Antrag einer Behinderten-gruppe auf die kostenlose Nutzung des Ökohofes für ein Wochenende wurde genehmigt. Bei dem Ökohof handelt sich um den Schülerfreizeit-treff, dessen Umwandlung die Stadtverordneten zustimmten.

Marktzeiten bleiben

Die Öffnungszeiten des Beeskower Wochenmarktes von 7.00 auf 8.00 Uhr zu verlegen, beantragte die Stadtverwaltung auf Wunsch der Markthändler. Das wurde abgelehnt. Abgeordneter Großkurth: „Schon Gorbatschow sagte: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“

Bebauungspläne

Einen vorzeitigen Bebauungsplan wird es für den südlichen Teil des

Gewerbegebietes Charlottenhof geben. Gleiches ist auch für den Mühlenberg und die Storkower Straße beschlossen, wo es vor allem um Verdichtungsbauten und Schaffung von neuem Wohnraum geht.

Brief an GUS-Armee

Um einen möglichst schnellen Bau-beginn für ein Einkaufszentrum in der Schützenstraße zu ermöglichen, verabschiedeten die Abgeordneten einen Brief an Generalmajor Burmisprow. Darin wird er gebeten, die für die am geplanten Baustandort stehende Lagerhalle gebotene Entschädigungssumme in Höhe von 30.000 DM zu akzeptieren.

Dies sieht die Stadt als Maximalgrenze an. Bevor die Entschädigung jedoch nicht geklärt ist, darf nicht abgerissen und damit auch nicht neu gebaut werden.

Haushaltsentwurf ist da

Etwas später als im vergangenen Jahr gab es den Haushaltsentwurf der Stadt. Der Grund: Erst im Februar gab es vom Land Zahlen über Schlüsselzuweisungen.

Jetzt wird in Fraktionen und Ausschüssen diskutiert, so daß man möglichst in der nächsten Sitzung Ende April über den Haushalt abstimmen kann. Dezernent Möller appellierte an die Abgeordneten zu helfen, neue Einnahmequellen für die Kommune zu erschließen.